



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Ruth Müller, Kathi Petersen, Reinhold Strobl, Ruth Waldmann SPD**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Suchtprävention bei Jugendlichen – Daten-
grundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
(Kap. 14 05 TG 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 14 05 wird der Ansatz in der TG 60 (Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie) für das Haushaltsjahr 2017 von 6.103,3 Tsd. Euro um 70,0 Tsd. Euro auf 6.173,3 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel werden zur Durchführung eines Modellprojekts zur flächendeckenden Erhebung von Daten zu den Suchtmittelgewohnheiten von Jugendlichen verwendet. Die erhobenen Daten sollen lokalen Präventionsinitiativen zur Verfügung gestellt werden.

Suchtprävention ist stets die Arbeit vor Ort. Ihre Qualität im Sinne von Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit ist umso höher, je besser die vorgehaltenen Angebote und durchgeführten Maßnahmen am jeweils regionalspezifischen Bedarf ausgerichtet werden können. Voraussetzung dafür ist die möglichst genaue Kenntnis des Geschehens auf der lokalen Ebene. Epidemiologische Suchtsurveys der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Institut für Therapieforschung München (IFT-München) ge-

ben keinen Aufschluss über die drogenkonsumrelevanten Prozesse in der Region. Deshalb erhebt das Büro für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen seit 2004 in Form der sogenannten Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln (SCHULBUS) Daten zur Konsumverbreitung von Rauschmitteln unter Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Die daraus ableitbaren Schlussfolgerungen haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument der drogenpolitischen Steuerung suchpräventiver Maßnahmen in der Hansestadt etabliert. Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) geförderten Modellprojekts wurden die bislang papiergestützten Erhebungsinstrumente auf ein Tablet-PC-basiertes Verfahren umgestellt und inzwischen über das Gebiet Hamburgs hinaus an vier Modellstandorten zur regionalen Datenerfassung eingesetzt. Der Freistaat Bayern soll sich an dem Modellprojekt SCHULBUS orientieren.

Der Landtag ist am 26. Februar 2015 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege gefolgt, mit der die Staatsregierung zur Durchführung der Datenerhebung über die Suchtmittelgewohnheiten von Jugendlichen an fünf Modellstandorten aufgefordert wird (Drs. 17/5439). Im Zwischenbericht vom 11. Juni 2015 zu diesem Beschluss hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ausgeführt, dass die Durchführung des Projekts von der Bewilligung entsprechender Haushaltsmittel abhängt. Ein Antrag zur Bewilligung dieser Mittel im Nachtragshaushalt 2016 wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt, ebenso wie der erneute Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung des Projekts auf Drs. 17/9527. Mit Antrag der CSU-Fraktion auf Drs. 17/12445 wird die Absicht der Staatsregierung begrüßt, das Projekt im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel durchzuführen. Dies lässt aber befürchten, dass die erforderlichen Mittel wieder nicht zur Verfügung stehen werden.